

Ich wähle am 24.9.



DIE LINKE.



AUSGABE 11/2017 - RUNDBRIEF #BTW2017SAAR

V. i. S. d. P. Dr. Andreas Neumann, Landesgeschäftsführer, Telefon: 0681 51 76 5, E-Mail: andreas.neumann@dielinke-saar.de

TERMINKALENDER // AUSZUG

Sa - 9. September - 14 Uhr:
Veranstaltung des Dekanats
Neunkirchen „Politiker auf der
Kirchenbank“, Dr. Walter Kappmeier -
Neunkirchen, Lübbener Platz.

Mo - 11. September - 18:30 Uhr:
Podiumsdiskussion der Europa-Union
Saar, u.a. mit Thomas Lutze -
Saarbrücken, Großer Saal der
Arbeitskammer, Fr.-Dobisch-Str.

Di - 12. September - 18 Uhr:
Podiumsdiskussion der Arbeits-
kammer zum Thema ÖPP, u.a. mit
Thomas Lutze - Homburg, Hohenburg-
Jugendherberge, Am Mühlgraben 30.

Di - 12. September - 18 Uhr:
Sozialpolitisches Gespräch mit KAB,
u.a. mit Gabi Ungers - Saarbrücken,
„Weltraum“, St. Johanner Markt 23.

Do - 14. September - 20 Uhr: TV-
Runde mit den Spitzenkandidaten -
Funkhaus Halberg+3. Programm/SR-
Fernsehen.

**Vormerken: Wahlkampf-Truck der
Linken im Saarland am 10.
September 2017 in Neunkirchen,
Stummplatz, ab 13 Uhr.**

LAGs und OVs

9. SEPTEMBER 2017 - Sommerfest des
OV Ottweiler, Ottweiler, Am Sport-
platz, Im Alten Weiher, 16 Uhr.

17. SEPTEMBER 2017 - Brücken-
Flohmarkt mit Stand der Linken
Namborn, unter der Fernstraßen-
brücke, ganztägig.

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)

**vorgestellt: diesmal Wirtschafts-
politik** - Wir haben die LAG
Wirtschaft mit der Zielsetzung
gegründet, unsere wirtschaftspol-
itischen Vorschläge weiter zu
entwickeln und verstärkt in die
politische Debatte einzubringen.
Dies soll auch mit dem Ziel der
Sicherung und Schaffung von
Arbeitsplätzen verbunden werden.
Dabei kann insbesondere auch an
unsere Forderung nach einem
„Masterplan Industrie“ angeknüpft
werden.

DIE LINKE. im Bundestag - Im
Saarland unterhält unser Mitglied des
Deutschen Bundestages Thomas
Lutze zwei Büros. Mehr Informationen
online auf www.thomas-lutze.de

Veröffentlichungen im Rundbrief -

Eigene Themeneinsendungen bitte an
andreas.neumann@dielinke-saar.de
schicken. Texte bitte als reiner E-Mail-
Text oder als RTF-, ODT- oder Word-
Format. Bilder bitte als JPG oder PNG.
Tagesaktuelle Termine: [www.dielinke-
saar.de](http://www.dielinke-saar.de).

Man darf auch im Wahlkampf einmal schmunzeln!

In seiner Bundestagsrede verkündete
Dietmar Bartsch - nachdem er von einem
„Kartell der Wirtschaft“ - gesprochen
hatte: „Ich habe das jetzt verstanden,
wieso das in den Stadien Bandenwerbung
heißt.“ RP ONLINE hat diesen Satz dann
genauer unter die Lupe genommen und
antwortete in ihrem Pressebeitrag recht
„schlagfertig“: „Nach einigem Nachdenken
haben auch wir verstanden, um welch
hübsches Teekesselchen es sich dabei
handelt. In der Tat bezeichnet Bande ja
sowohl die feste Einfassung einer
Spielfläche als auch eine organisierte
Gruppe von Kriminellen. Natürlich
wollen auch wir uns in der Kunst des
doppelten Wortsinns üben und es zum
Schluss dieses Stichworts einmal
ordentlich kesseln lassen: Lieber Herr
Bartsch, ihr Vergleich ist so derart
treffend, wie es ein linker Haken nur sein
kann!“ Chapeau :)
<https://goo.gl/5PumQw>



Dienstag, 19. Sept. - 17 Uhr.

Kundgebung mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine.

Saarbrücken - vor der Europa-Galerie (Bahnhofstr./
Reichsstr.) - Bei starkem Regen in der Congresshalle.



SOLIDARISCHE GESUNDHEITSVERSICHERUNG SCHLUSS MIT DER ZWEI- KLASSEN-MEDIZIN

Eigentlich ist die Krankenversicherung auf einem solidarischen Prinzip: Gesunde sind solidarisch mit kranken Menschen, die Versicherten zahlen gemäß dem Einkommen ein, Arbeitgeber übernehmen die Hälfte und alle erhalten notwendige Leistungen nach ihrem individuellen Bedarf. Doch die paritätische Finanzierung wurde abgeschafft, der Arbeitgeberanteil ist eingefroren, steigende Kosten müssen allein die Versicherten tragen. Die ärztliche Versorgung auf dem Land und in den Krankenhäusern deckt oft den Bedarf nicht. Besserverdienende, falls sie überhaupt gesetzlich versichert sind, zahlen einen kleineren Anteil ihres Einkommens als Menschen mit einem durchschnittlichen Lohn oder Geringverdienende (Beitragsbemessungsgrenze). Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine- und mindestens 80 000 Menschen sind 10 Jahre nach der Einführung der Krankenversicherungspflicht überhaupt nicht versichert. DIE LINKE will deshalb eine Solidarische Gesundheitsversicherung, paritätisch von Arbeitgebern und Beschäftigten finanziert. Alle in Deutschland lebenden Menschen werden Mitglied und zahlen entsprechend ihres gesamten Einkommens ein, auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige. Versicherte mit einem Einkommen oberhalb der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze werden mit ihrem gesamten Einkommen in die solidarische Finanzierung einbezogen. Das Prinzip lautet: Alle zahlen ein, damit es für alle besser und bezahlbar wird. Zuzahlungen und Zusatzbeiträge fallen weg. Die Beiträge sinken von jetzt durchschnittlich 15% auf dann unter 12%. Und die Finanzierung der Krankenhäuser kann wieder bedarfsdeckend erfolgen. In der

Pflege können 100 000 Stellen geschaffen werden. Das ist gut für die Beschäftigten und Patienten.

Eine solidarische Gesundheitsversicherung und eine Situationsverbesserung für ALLE

DIE LINKE macht u.a. mit der Aktion „Walk of Care – Fußabdrücke für gute Pflege“ auf den akuten Personalmangel in der Pflege aufmerksam und unterstützt die Forderungen der Gewerkschaft ver.di nach mehr Personal im Krankenhaus. „Viele Pflegekräfte haben aufgrund des Personalmangels und der hohen Arbeitsbelastung nicht einmal Zeit, sich ausreichend die Hände zu desinfizieren. In den Kliniken muss sich dringend etwas ändern.“, fordert Andrea Neumann. „Es ist ein Skandal, dass Pflegekräfte buchstäblich bis zum Umfallen arbeiten müssen und gleichzeitig die Gesundheit der Patienten gefährdet wird.“ Aus Anlass des Aktionstages „Händedesinfektion“ der Gewerkschaft ver.di am kommenden 12. September weist DIE LINKE auf die teils miserablen Arbeitsbedingungen in der Pflege hin. Andrea Neumann weiter: „In den Krankenhäusern fehlen zahlreiche Pflegekräfte. Unter den dramatischen Folgen leiden sowohl die Patienten als auch das Personal. Wir fordern die

Was sagen die anderen?

Die CDU lehnt eine gemeinsame Krankenversicherung ab.

Die SPD will eine paritätisch finanzierte Bürgerversicherung in die alle einzahlen, die PKV aber beibehalten. Sie will die Zusatzbeiträge abschaffen.

Die Grünen wollen die gesetzliche und private Krankenversicherung ebenfalls zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, Kapitalerträge einbeziehen und Zuzahlungen abschaffen. Die PKV wollen auch sie beibehalten.

Die FDP will die einkommensunabhängige Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung und mehr Wettbewerb zwischen den Kassen. Die AfD will eine paritätische Finanzierung.

Einstellung von zusätzlichen Pflegekräften in den Krankenhäusern und eine gesetzliche Personalbemessung. Im Rahmen dieser Aktion sollte man aber auch eine weitere Forderung der Linken in den Fokus rücken. Denn nur mit einem zeitnahen Ende der aktuellen Zwei-Klassen-Medizin und der Einführung einer solidarischen Gesundheitsversicherung bekommen wir wieder ein Gesundheitssystem, das für alle besser und bezahlbar wird!“



LINKE Gegenargumente

Bei der CDU bleibt fast alles beim Alten, die Vorschläge von SPD und Grünen sind nicht konsequent: Die SPD hat sich im Wahlprogramm nicht von ihrem „Drei-Säulen-Modell“ aus GKV, PKV und Steuern wegbewegt. Sie wollen bei der Parität außerdem nur Einzahler mit Gehältern oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze entlasten. Die Grünen wollen den Wettbewerb zwischen den Kassen aufrechterhalten - und damit die Zwei-Klassen-Medizin. Auch die Privaten dürfen die Bürgerversicherung anbieten. Die alten PKV-Tarife „vergreisen“, es kommen keine neuen Versicherten hinzu. Die Beiträge würden explodieren. Deshalb muss die PKV geregelt zu einem Stichtag abgewickelt werden. Das Modell der LINKEN ist das konsequenteste und bedeutet deshalb die größte Beitragssatzsenkung aller Parteien.

Statistiken zur Bundestagswahl

Institut	Infratest dimap	Fgr. Wahlen	Emnid	INSA	Forsa	BTW- 2013	Differenz BTW2013-Fgr.
Veröffentl.	31.8.	1.9.	2.9	4.9	6.9	22.9	
CDU/CSU	37,0%	39,0%	38,0%	36,5%	38,0%	41,50%	-3,50%
SPD	23,0%	22,0%	24,0%	23,5%	23,0%	25,70%	-2,70%
GRÜNE	8,0%	8,0%	8,0%	8,0%	8,0%	8,40%	-0,40%
FDP	8,0%	10,0%	8,0%	8,0%	8,0%	4,80%	3,20%
DIE LINKE	9,0%	9,0%	9,0%	9,0%	9,0%	8,60%	0,40%
AfD	11,0%	8,0%	9,0%	10,5%	9,0%	4,70%	4,30%
Sonstige	4,0%	4,0%	5,0%	4,5%	5,0%	6,20%	-1,20%
Mögliche Koalitionen							
		31.8.	1.9.	2.9	4.9	6.9	
CDU/CSU+SPD		60,0%	61,0%	62,0%	60,0%	61,0%	
CDU/CSU+FDP+Grüne		53,0%	57,0%	54,0%	52,5%	54,0%	
CDU/CSU+FDP		45,0%	49,0%	46,0%	44,5%	46,0%	
CDU/CSU+Grüne		45,0%	47,0%	46,0%	44,5%	46,0%	
SPD+Grüne		31,0%	30,0%	32,0%	31,5%	31,0%	
SPD+LINKE		32,0%	31,0%	33,0%	32,5%	32,0%	
SPD+LINKE+Grüne		40,0%	39,0%	41,0%	40,5%	40,0%	

Selbstverständlich hoffen wir, dass das Engagement unserer saarländischen Direktkandidaten mit vielen Erststimmen belohnt wird.

Für eine starke Fraktion im Deutschen Bundestag solltest Du bedenken, dass **deine Zweitstimme die grundsätzlich maßgebliche Stimme für die Sitzverteilung an die Parteien ist.**

ALSO AM BESTEN GIBST DU DER LINKEN DEINE BEIDEN STIMMEN.

Barbara Spaniol: Positive Entwicklung der Saar-Uni wird durch Kürzungskurs von CDU und SPD stark gefährdet

DIE LINKE im Saarländischen Landtag sieht die positive Entwicklung der Saar-Uni durch den massiven Stellenabbau in Folge der Kürzungsvorgaben der Landesregierung stark gefährdet. Die hochschulpolitische Sprecherin Barbara Spaniol erklärt: „Wenn seit Ende 2014 rund 500 Stellen abgebaut wurden und der Abbau mindestens bis

2020 weiter geht, können CDU und SPD kaum behaupten, ihre Kürzungen hätten keine Auswirkungen auf Forschung und Lehre. Im Gegenteil: Die Regierungsparteien haben die Uni gekürzt, das Angebot für die Studierenden wird massiv beschränkt, die Attraktivität des Unistandes leidet. Die Uni kann kaum zukunftsfähig aufgestellt werden, wenn sie derart viele Arbeitsplätze abbauen und Angebote streichen muss. Wenn nur noch von Kürzungen die Rede ist, die

auch zu Lasten des alltäglichen Studienbetriebs gehen. Eine Universität ist das Entwicklungszentrum eines Landes, wer sie kleinkürzt, der beschneidet damit seine Entwicklungschancen.“ DIE LINKE wird die Auswirkungen des Zusammenstreichens der Hochschulmittel auch mit Blick auf die Personalausstattung der Universität bei der nächsten Sitzung des Wissenschafts-Ausschusses auf die Tagesordnung setzen.

Claudia Kohde-Kilsch: Tatsächliche Arbeitslosigkeit im August 2017 – im Regionalverband Saarbrücken

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE. Saarbrücken sieht akuten Handlungsbedarf angesichts der Erwerbslosigkeit im Regionalverband. Zu den offiziellen Zahlen von 16.419 kommen im August noch weitere, nicht gezählte Erwerbslose hinzu, so z.B. ältere Erwerbslose ab 58 Jahren, Ein-Euro-Jobber, Teilnehmer an Weiterbildung oder anderen Maßnahmen. Diese werden in den offiziellen Zahlen nicht erwähnt. Ohne die Tricksereien sind aber tatsächlich nach Zahlen der Arbeitsagentur 23.674 Menschen erwerbslos. Die Fraktionsvorsitzende Claudia Kohde-Kilsch hierzu: „Nicht nur, dass die Erwerbslosenzahlen steigen. Die Regierung unternimmt

alles, um ihr Scheitern in der Arbeitsmarktpolitik zu verschweigen. Es werden einfach Menschen aus den Statistiken herausgenommen, um die ungerechte Arbeitsmarktpolitik zu beschönigen. Das ist ein Skandal und gehört aufgeklärt.“ Die Fraktion fordert, das Schönreden zu beenden und endlich zu handeln. DIE LINKE setzt sich für eine gerechtere Arbeitsmarktpolitik ein. Hierzu gehören insbesondere eine aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für Auszubildende und Langzeitarbeitslose, sowie eine Förderung der lokalen Wirtschaft, genauso wie eine bessere Strukturpolitik. „Wir werben für einen dringenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, um der drohenden Verarmung großer Bevölkerungsgruppen und einem Abstieg aus der

Mittelschicht entgegen zu wirken“, so Kohde-Kilsch abschließend.

Gedenkveranstaltung - Jedes Jahr veranstaltet der DGB Saar in Völklingen die Gedenkveranstaltung am 1. September. Gemeinsam mit Eugen Roth legte Gabriele Ungers den Kranz im Gedenken an die Opfer von Krieg und Faschismus nieder.



**Sommerfest des BV Halberg
16.9.2017, ab 16 Uhr, Großblittersdorferstraße 323, 66130 Güdigen**

Informiere Dich bei „Wahl-O-Mat on Tour BTW 2017“

Mi, 6. Sept. 17, 19:00 Uhr
Bildungszentrum der Arbeitskammer,
Am Tannenwald 1, 66459 Kirkel, Dr.
Walter Kappmeier

Di, 12. Sept. 17, 19:00 Uhr
Jugendkirche eli.ja+, Hellwigstraße
15, 66121 Saarbrücken, Marilyn Heib

Mi, 13. Sept. 17, 10:30 Uhr
Gemeinschaftsschule Nohfelden-
Türkismühle, Trierer Straße 23,
66625 Nohfelden, Andrea Neumann

Do, 14. Sept. 17, 10:30 Uhr
KBBZ Halberg, Kurt-Schumacher-
Straße 20, 66130 Saarbrücken,
Thomas Lutze

Mi, 20. Sept. 17, 10:30 Uhr
Saarpfalz-Gymnasium Homburg,
Untere Allee 75, 66424 Homburg,
Thomas Lutze

Mi, 20. Sept. 17, 19:00 Uhr
Juz Neunkirchen, Süduferstraße 14,
66538 Neunkirchen, Thomas Lutze

Do, 21. Sept. 17, 10:30 Uhr
TGSBBZ Saarlouis, Zeughausstraße
25, 66740 Saarlouis, Thomas Lutze

Fr, 22. Sept. 17, 10:30 Uhr
Neue Arbeit Saar (Möbellager),
Schroten 10, 66121 Saarbrücken,
Thomas Lutze

**Informiere Dich an den Info-
ständen, hier einige Terminda-
ten**

Sa, 09.09., 8-13 Uhr, Wadgassen-
Schaffhausen, EDEKA, mit Brezelakti-
on

Sa, 09.09., 9-12 Uhr, Hülzweiler,
Kreissparkasse

Sa, 09.09., 9-13 Uhr, Merzig, Altes
Rathaus

Sa, 09.09., 9-13 Uhr, Beckingen,
Marktplatz

Sa, 09.09., 9-13 Uhr, Mettlach,
Marktplatz

Sa, 09.09., 11-18 Uhr, Bahnhofstraße,
Sb

Sa, 09.09., 9-11:30 Uhr, Altenkessel,
Ecke Allee/Gerhardstr.

Sa, 09.09., 9-15 Uhr, gem. Stand SV

Saarlouis und GV Wadgassen, Großer
Markt Saarlouis

Sa, 09.09., 10-12 Uhr, Saar-Pfalz-Str.,
Jägersburg

Di, 12.09., 14-18 Uhr, Edeka, Mainzer-
straße, Saarbrücken

Mi, 13.09., 9-12 Uhr, Burbach,
Burbacher Markt

Mi, 13.09., 14-18 Uhr, Eschberg, Netto

Mi, 13.09., 16 bis 19 Uhr, Rockershau-
sen, Provinzialstr. vor EDEKA

Do, 14.09., 14-18 Uhr, Edeka, Mainzer-
straße, Saarbrücken

Fr, 15.09., 8-10 Uhr, Wadgassen (Ort),
Barbrake

Fr., 15.09., 9-12 Uhr, Wadern, Markt-
platz

Fr., 15.09., 9-13 Uhr, Düppenweiler,
Marktplatz

Fr, 15.09., 14-18 Uhr, Eschberg, Netto

Fr, 15.09., 19 Uhr, Kneipenwahlkampf
Saarlouiser Altstadt und Wadgassen

Sa, 16.09., 8-12 Uhr, Losheim, gegen-
über Café Roth

Sa, 16.09., 9-12 Uhr, Elm, Neukauf
Markt

Sa, 16.09., 9-13 Uhr, Merzig, altes
Rathaus

Sa, 16.09., 9-13 Uhr, Beckingen,
Marktplatz

Sa, 16.09., 9 bis 11:30 Uhr, Altenkes-
sel, Ecke Allee/Gerhardstr.

Sa, 16.09., 9-15 Uhr, gem. Stand SV
Saarlouis und GV Wadgassen, Großer
Markt Saarlouis

Sa, 16.09., 11-18 Uhr, Bahnhofstraße
Saarbrücken

Di, 19.09., 14-18 Uhr, Eschberg, Netto

Mi, 20.09., 14-18 Uhr, Edeka, Mainzer-
straße Saarbrücken

Mi, 20.09., 16-19 Uhr, Rockershausen,
Provinzialstr. vor EDEKA

Do, 21.09., 14-18 Uhr, Edeka, Mainzer-
straße Saarbrücken

Fr, 22.09., 9-13 Uhr, Düppenweiler,
Marktplatz

Fr, 22.09., 9-12 Uhr, Wadern, Markt-
platz

Fr, 22.09., 12-16 Uhr, gem. Stand SV
Saarlouis und GV Wadgassen, Großer
Markt Saarlouis

Fr, 22.09., 14-18 Uhr, Edeka, Mainzer-
straße Saarbrücken

Sa, 23.09., 7-10 Uhr, Wadgassen (Ort),
Barbrake

Sa, 23.09., 8-12 Uhr, Losheim, gegen-
über Café Roth

Sa, 23.09., 9-12 Uhr, Saarwellingen,
Schlossplatz

Sa, 23.09., 9-12 Uhr, Schwalbach,
Neukauf Markt

Sa, 23.09., 9-13 Uhr, Merzig, altes
Rathaus

Sa, 23.09., 9-13 Uhr, Beckingen,
Marktplatz

Sa, 23.09., 9-11:30 Uhr, Altenkessel,
Ecke Allee/Gerhardstr.

Sa, 23.09., 11-18 Uhr, Bahnhofstraße
Saarbrücken

Sa, 23.09., 12-16 Uhr, gem. Stand SV
Saarlouis und GV Wadgassen, Großer
Markt Saarlouis

Sa, 23.09., Kneipenwahlkampf
Merziger Altstadt, Uhrzeit steht noch
nicht fest.

**Um die Liste nicht aufzublähen,
hier die regelmäßig stattfindenden
Infostände:**

**Jeden Samstag, ab 10 Uhr, Odilien-
platz, Dillingen.**

**Jeden Dienstag, Freitag und
Samstag bis zur Wahl, jeweils von
10-12 Uhr, Talstraße (Nähe Müller-
Markt), Homburg.**

**Jeden Samstag, ab 11 Uhr, Stumm-
platz, Neunkirchen.**

Für den nächsten Rundbrief eine
kleine Bitte: schickt eure Termine an
andreas.neumann@dielinke-saar.de
Denn es kann nur veröffentlicht
werden, wovon man weiß ;) Danke!



www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv

Marilyn Heib
Für Sie in den Bundestag.
Sozial. Gerecht. Für alle.



DIE LINKE.

Zu meiner Person

Marilyn Heib wurde 1978 geboren und arbeitete nach ihrem Maschinenbaustudium in der erneuerbaren

Dagmar Enschedel: Verhandlungen über Cattenom-Abschaltung nötig - Dass Kanzleramtsminister Altmaier und Justizminister Maas eine Schließung des Pannan-AKW Cattenom für wenig wahrscheinlich halten und darauf verweisen, dass diese Entscheidung in Frankreich falle, ist für DIE LINKE im Saarländischen Landtag eine Haltung, die nicht akzeptabel ist. Die umweltpolitische Spre-

Saar-Schmiede - Ein wirklich zukunftsfähiges Konzept muss her!

- „Neben der aktuellen Forderung nach sozialverträglichen Lösungen bei einem möglichen Stellenabbau muss auch in einer langfristigen Perspektive gedacht werden, sonst ist irgendwann der Ofen ganz aus“, so Thomas Lutze, Obmann der Linksfraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag.

Lutze weiter: „Ein Stellenabbau allein hat noch nie dazu geführt, dass ein Unternehmen zukunftsfähig am Markt bleibt und keine roten Zahlen mehr schreibt. Im Fall der Saar-Schmiede muss man über den heutigen Tag hinaus überlegen, welches Produktportfolio eine Zukunft hat. Großkraftwerke werden es auf jedenfall nicht sein, die in 20/30 Jahren die Menschen

Energiebranche und der Forschung. 2007 gründete sie den Verein Go for Climate e.V., der Projekte zum Klimaschutz und Schaffung von Jobs durchführt. Sie ist u.a. auch Mitglied beim BUND, Energiewende Saar und mein Mein-Grundeinkommen e.V. Marilyn Heib schrieb zwei Publikationen: „Goldgrube Energieeffizienz“ und „Der Klimaschatz“. Ende 2012 gründete sie die Plattform www.bettervest.com, die mittels Bürgerfinanzierung nachhaltige und soziale Projekte weltweit finanziert.

Dort ist sie Geschäftsführerin. Sie erhielt 2011 die Auszeichnung als eine der 100 Frauen der Zukunft (Deutschland Land der Ideen) und 2016 die Auszeichnung als „Iconic Innovative Trailblazer of the Decade“ (Women Economic Forum).

Meine politischen Ziele

Ich kämpfe für eine bessere Welt und glaube ganz fest daran, dass dies (auch finanziell) in kleinen Schritten möglich ist. Soziale Gerechtigkeit, faire Beschäftigung, eine gesunde Umwelt und Friedenssicherung sind die Basis

cherin Dagmar Enschedel erklärt: „Die Bundesregierung sollte sich ein Beispiel an der Regierung Luxemburgs nehmen, die der französischen Seite konkrete Verhandlungsangebote macht. Das Kernkraftwerk stellt eine existenzielle Bedrohung für unsere Region dar. Von zwei Bundesministern, die von den Saarländerinnen und Saarländern wieder gewählt werden wollen, würde man mehr Einsatz für

und die Wirtschaft mit Energie versorgen werden. Die Energieversorgung wird dezentral und mehrheitlich durch erneuerbare Quellen erfolgen. Turbinenwellen für Großkraftwerke sind dann ebenso veraltet wie Achtgang-Automatik-Getriebe in der Automobilwirtschaft der Zukunft.“ Aktuell muss aber auch dafür gestritten werden, dass energieintensive Unternehmen nicht weiter durch Umlagen und Zusatzkosten bei der Energieversorgung benachteiligt werden. „Niemanden - auch nicht dem Klimaschutz - nutzt es, wenn hocheffektive Produktionsbereiche in andere Kontinente verlagert werden, wo der Strom zwar billig ist, die Umweltauflagen aber rückständig sind. Das Saarland ist ein Produktionsstandort mit hoch motivierten und gut qualifizierten Beschäf-

dieser Veränderung. Nur die LINKE tritt wirklich für diese Ziele ein - daher trete ich für die LINKE ein. Meine Fachbereiche sind Energie, Wirtschaft, Bürgerfinanzierung und Friedenspolitik. Einsetzen möchte ich mich vor allem gegen Altersarmut, für mehr soziale Gerechtigkeit, Schaffung von fairen Arbeitsplätzen und den sozial-ökologischen Umbau. Oder ganz simpel, dass es den Menschen besser geht. Dies möchte ich durch HANDELN statt REDEN erreichen. Statt auf Stadtfesten zu winken, helfe ich lieber in konkreten Projekten.

Marilyn Heib - unsere Direktkandidatin im Wahlkreis Saarlouis! Und damit endet auch die Vorstellungsrunde unserer Wahlkreisdirektkandidaten.

296 Gabriele Ungers (8/2017), 297 Marilyn Heib, 298 Karl-Peter Scheit (10/2017), 299 Dr. Walter Kappmeier (9/2017)

Unsere Kandidaten auf die-linke:

www.goo.gl/v2fHnv

unser Land erwarten. Oskar Lafontaine hat schon seit langem konkrete Verhandlungen der Bundesregierung mit den französischen Freunden gefordert, bei denen eine faire Lösung der Fragen des notwendigen Ausfallstroms, der Netze und der Finanzierung der dabei entstehenden Kosten gefunden wird.

tigten. Das soll so bleiben, auch mit der Saar-Schmiede“, so Lutze abschließend.



Thomas Lutze

„SAAR-SCHMIEDE ERHALTEN“

DIE LINKE.

Jede Stimme zählt am 24.9.!

MACH BRIEFWAHL!

Sie sind am Wahltag verreist, haben keine Zeit oder wissen bereits, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen - ganz einfach und kostenlos.

Was ist Briefwahl und wie funktioniert das?

Bei der Briefwahl bekommen Wahlberechtigte den Stimmzettel per Post nach Hause geschickt, füllen ihn dort aus und schicken ihn anschließend per Post an das Wahlamt zurück.

Wie kann ich die Briefwahl beantragen?

Jeder Wahlberechtigte erhält per Post eine Wahlbenachrichtigungskarte an seinen Hauptwohnsitz geschickt. Auf der Rückseite ist ein Briefwahlantrag aufgedruckt. Einfach ausfüllen und zurückschicken. Beim Antrag auf Briefwahl muss man keinen Grund angeben. In einigen Städten und Gemeinden gibt es die Möglichkeit, Briefwahlunterlagen auch online auf der Webseite zu beantragen. Meist ist dafür die Angabe der Kartennummer der Wahlbenachrichtigungskarte notwendig. Die Briefwahlunterlagen können im Wahlamt auch persönlich beantragt und abgeholt werden. Dort besteht auch die Möglichkeit, die Stimme vor Ort abzugeben. Die Briefwahlunterlagen können auch durch einen mit einer schriftlichen Vollmacht und Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte ausgestatteten Vertreter / Vertreterin abgeholt werden.

Meine Briefwahlunterlagen sind da! Was nun?

1. Briefwahlunterlagen aus dem Umschlag nehmen und ganz in Ruhe die Kreuzchen machen.
2. Den Stimmzettel falten und in den beiliegenden blauen Wahlumschlag stecken.
3. Den weißen Wahlschein unterschreiben, damit das Amt weiß, wer gewählt hat. Niemand kann aber erkennen, welche Partei angekreuzt wurde!
4. Den weißen Wahlschein zusammen mit dem blauen Umschlag in den rosafarbenen Umschlag stecken.
5. Den rosa Umschlag (auch ohne Briefmarke) in den Briefkasten werfen und ans Wahlamt zurückschicken. Wichtig: Spätestens am Mittwoch, den 20. September 2017, abschicken!

In welchem Zeitraum kann ich Briefwahl beantragen?

Der Antrag kann sofort gestellt werden, man muss nicht zwingend die Zusendung der Wahlbenachrichtigungskarte abwarten. Die Stimmzettel werden allerdings erst ca. 4 Wochen vor dem Wahltermin, also Ende August, verschickt. In der Woche vor der Wahl, also nach dem 17. September 2017, sollte man keine Briefwahlunterlagen mehr anfordern, weil sie möglicherweise dann zu spät ankommen und nicht mehr mitgezählt werden. Wichtig ist, dass die Stimmzettel am Wahlsonntag, den 24. September 2017, spätestens um 18.00 Uhr im Wahlamt vorliegen. Deshalb sollte man Briefwahlunterlagen nicht unnötig liegen lassen, sondern sie sofort ausfüllen und abschicken. Man kann in den Wahlämtern der Städte und Gemeinden auch vor Ort seine Stimme abgeben. Das geht während der Öffnungszeiten der Ämter, natürlich auch noch in der Woche vor der Wahl. Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, beim Wahlamt beantragen. Bitte rufen Sie dafür Ihr Wahlamt schnellstmöglich direkt an, um das Verfahren zu klären! Bei Fragen kannst Du Dir auf der Landesgeschäftsstelle weiterhelfen lassen!

**Nicht käuflich, aber wählbar
ab jetzt bis zum 24.9.**

DIE LINKE.

Armutszeugnis für Frau Nahles - „Die Mini-Erhöhung des Hartz-IV-Satzes durch die Große Koalition zementiert die Armut von Millionen Menschen und Familien. Die prozentuale Erhöhung liegt unter der Preissteigerung für Lebensmittel in diesem Jahr. Mit dieser Entscheidung werden auch weiterhin Millionen Kinder dazu verdammt, in Armut aufzuwachsen. Nötig wäre mindestens eine Grundsicherung in Höhe von 556 Euro monatlich, so wie es auch der Wohlfahrtsverband Diakonie fordert“, kommentiert Sahra Wagenknecht die vom Bundeskabinett beschlossene Erhöhung des ALG-II Regelsatzes auf 416 Euro im Jahr 2018. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl weiter: „Das von CDU/CSU bis zur SPD gefeierte Hartz-IV ist und bleibt Armut per Gesetz. Wir wollen keine menschenunwürdige Zwangsmühle, die Lohndumping befördert, indem sie Erwerbslose in Billigjobs und Leiharbeit zwingt. Stattdessen brauchen wir gute Arbeitsplätze für alle. Außerdem muss das Arbeitslosengeld I deutlich länger gezahlt werden, denn es ist und bleibt ein Skandal, dass Menschen, die viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, bereits nach einem Jahr in Hartz IV landen.“

Dietmar Bartsch: „Es gab mal in unserem Land den schönen Satz: Unsern Kindern soll es einmal besser gehen. Und wir haben jetzt gerade die Einschulung gehabt in Berlin und Brandenburg, am Sonnabend auch in Mecklenburg-Vorpommern, und wir sind uns doch einig, dass eigentlich alle diese kleinen Kinder in unserem Land die gleichen Chancen haben sollen. Aber das Ergebnis ihrer Politik ist, dass sie eben nicht die gleichen Chancen haben. Das ist die Realität. Unsere Kinder haben nicht die gleichen Chancen. Und das hat natürlich zuallererst mit Elternarmut zu tun. Und Sie sagen so schön: Im Schnitt geht es Deutschland gut. Ja, das ist wie mit der Kuh, die im Teich, der 50 Zentimeter tief war, ertrunken ist. Es gibt perversen Reichtum und Armut in unserem Land. Das ist die Realität. In einem Land, in dem Alleinerziehende Zukunftsangst, in dem Kinderreichtum zum Armutsrisiko wird und in dem alte Menschen Flaschen sammeln, da kann man vom Sozialstaat nicht reden. Und am 24.9. geht es auch um die Wiederherstellung des Sozialstaates in unserem Land.“

Matthias W. Birkwald bringt es auf den Punkt! Die gesetzliche Rente ist gerecht zu finanzieren. Wir fordern konkret:

- alle Menschen mit Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, damit auch Beamt*innen, Selbständige, Freiberufler*innen und Politiker*innen gerecht zur Finanzierung der gesetzlichen Rente beitragen,
- die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise drastisch anzuheben bzw. aufzuheben,
- und die sich daraus ergebenden besonders hohen Rentenansprüche (über 2740 Euro) abzuflachen.

Dann würden stärkere Schultern mehr tragen als schwache. Klipp und klar: Wir können uns eine gute Rente leisten. Dafür steht DIE LINKE!